



HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2021

Kleine Anfrage

Torsten Warnecke (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD)
vom 19.08.2021

Bewältigung der Corona-Pandemie

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Angesichts der Zwischenbilanz der CDU/Grünen-Koalition ist medial auch die „Corona-Krise“ aufgegriffen worden. Was die Frage der Qualität dieses Managements anbelangt, gibt es unterschiedliche Bewertungen. Gleichwohl die Bundesrepublik Deutschland, im Verhältnis zu vielen anderen europäischen Ländern, die „Corona-Krise“ gut gemeistert hat, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern enorm. Der Maßstab, die Zahl der Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, zeigt Hessen mit 120 Todesfällen, vor Bayern mit 117 über NRW mit 96, Rheinland-Pfalz mit 95 bis hin zu Niedersachsen mit 73 und Schleswig-Holstein mit 56 Todesfällen, an der beklagenswerten Spitze der westdeutschen Bundesländer.

Vorbemerkung Minister für Soziales und Integration:

Bekanntermaßen ist die Bevölkerungsstruktur in den Ländern und regional stark divergierend. Die unterschiedlichen Werte innerhalb der Länder lassen sich nicht pauschal auf einzelne Faktoren zurückführen. Während die Zahl der Todesfälle je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Zusammenhang mit COVID-19 aktuell (Stand 31. August 2021) in Hessen bei 121 und Sachsen-Anhalt bei 160 liegt, beträgt die Sieben-Tage-Inzidenz in Hessen 74,8 und in Sachsen-Anhalt 15,8. In Nordrhein-Westfalen lag die Anzahl der Todesfälle hingegen zum selben Stichtag bei 97, die Sieben-Tage-Inzidenz aber bei 124,9. Diese starken Unterschiede verdeutlichen, dass die Zahl der Todesfälle allein keine Aussagekraft im Hinblick auf die infektiologische Lage hat.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Ist für die Landesregierung die beklagenswerte, anhaltende Spitzenposition unter den westdeutschen Bundesländern Anlass, die Maßnahmen und Vorgaben zu überdenken und zu korrigieren?
- Frage 2. Gibt es spezifische Gründe für die deutliche Differenz zwischen den westdeutschen Bundesländern?
- Frage 3. Welche ergriffenen Maßnahmen waren aus Sicht der Landesregierung hessenspezifisch problematisch?
- Frage 4. Welche Maßnahmen sind hessenspezifisch umgesetzt worden und haben dann positiv gewirkt?

Die Fragen 1 bis 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Der bundesweite Vergleich zeigt ein sehr heterogenes Bild hinsichtlich der Infektionen mit SARS-CoV-2 und auch der Todesfälle aufgrund einer Erkrankung mit COVID-19. So weisen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt noch einmal deutlich erhöhte Todesfallzahlen aus, obwohl beispielsweise in Sachsen-Anhalt die Infektionszahlen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner hinter Hessen zurückbleiben. Aus Sicht der Landesregierung ist ein bloßer Vergleich singulärer Zahlenangaben nicht aussagekräftig. Die Situation in den einzelnen Ländern einschließlich der Bevölkerungsstruktur und innerhalb der Bundesländer auch auf regionaler Ebene erweist sich als sehr unterschiedlich und monokausalen Erklärungen kaum zugänglich. So weist Hessen mit dem Rhein-Main-Gebiet im Gegensatz zu anderen der benannten Länder einen großen Ballungsraum mit starken Mobilitätsbeziehungen auf. Bekanntlich werden allgemein schwerwiegende Erkrankungen, die auch zu einer signifikanten Verkürzung der Lebenszeit führen, stark durch sozio-ökonomische Faktoren, die individuelle Lebens- und Arbeitssituation, aber auch die individuelle Lebensführung, beeinflusst.

Frage 5. Teilt sie die Beurteilung, wonach Hessen zu Anfang der Pandemie sehr gut dastand, die derzeitige beklagenswerte Situation jedoch einem Weg der kontinuierlichen Verschlechterung folgt?

Diese Einschätzung wird von der Landesregierung nicht geteilt.

Wiesbaden, 13. September 2021

Kai Klose